

## **Erste wissenschaftliche Befragung im Projekt „Politische Partizipation von Menschen mit Behinderung in den Kommunen stärken“ gestartet.**

Landesarbeitsgemeinschaft  
SELBSTHILFE  
von Menschen mit  
Behinderung und  
chronischer Erkrankung und  
ihren Angehörigen  
Nordrhein-Westfalen e.V.

**Die Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE NRW e.V. (LAG SELBSTHILFE NRW) untersucht gemeinsam mit dem Zentrum für Planung und Evaluation sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen, wo sich Menschen mit Behinderung in NRW politisch beteiligen können. Durch Experteninterviews sollen bis September 2013 die gegenwärtigen Vertretungsstrukturen in den Kommunen erfasst werden.**

Neubrückenstraße 12-14  
48143 Münster

Telefon  
02 51-4 34 00

Telefax  
02 51-51 90 51

Sparkasse  
Münsterland Ost  
Kto-Nr. 297 580  
BLZ 400 501 50

Betroffene und Vertreter von Menschen mit Behinderung haben den Leitfaden für die Befragung mitentwickelt. Bei einer Fachtagung am 21. Juni 2013 konnten sie ihre Erfahrungen aus ihrer Kommune in den Fragebogen einfließen lassen.

Denn bei einer vorausgegangenen Satzungsanalyse der Beiräte für Menschen mit Behinderung zeigte sich bereits: Vorhandene Vertretungsstrukturen in NRW sind sehr facettenreich und schwer zu erfassen.

Die Befragung soll auch deutlich machen, wo es in NRW „weiße Flecken“ gibt. Das heißt, in welchen Kommunen in NRW Menschen mit Behinderung sich bisher nicht politisch beteiligen können, da entsprechende Strukturen fehlen.

### **Das Projekt**

Die Expertenbefragung ist die erste wissenschaftliche Untersuchung im Rahmen des dreijährigen Projektes „Politische Partizipation von Menschen mit Behinderung in den Kommunen stärken“.

Träger ist die LAG SELBSTHILFE NRW. Durch ihre Mitglieder (u.a. örtliche Interessenvertretungen, Behindertenbeiräte und Verbände der Behinderten-Selbsthilfe) hat die LAG SELBSTHILFE NRW bereits einen unmittelbaren Einblick in unterschiedliche Partizipationsmodelle von Menschen mit Behinderung auf kommunaler Ebene.

Das Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen begleitet das Projekt wissenschaftlich und das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW fördert es.

Bis Dezember 2015 wird analysiert, welche Partizipationsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung auf kommunaler Ebene in NRW vorhanden sind und wie sie nachhaltig gestärkt werden kann. Ziel des Projektes ist es, flächendeckend in NRW die Selbsthilfe zu stärken und zu fördern, so dass sie vor Ort ihre Teilhabe-Rechte zuverlässig und nachhaltig ausüben können. Dazu werden Eckpunkte für geeignete Partizipationsmodelle entwickelt und Handlungsempfehlungen für die Landesregierung NRW erarbeitet.

### **Weitere geplante Untersuchungen**

Um die Projektziele zu erreichen, sind verschiedene Untersuchungen innerhalb der drei Jahre geplant: Vorliegende Materialien werden ausgewertet und mit der Expertenbefragung die gegenwärtigen Vertretungsstrukturen von Menschen mit Behinderung in NRW systematisch erhoben. Durch Focusgruppen sollen die Partizipationserfahrungen vor Ort von Betroffenen und Vertretern von Menschen mit Behinderung untersucht werden. Außerdem werden spezielle Formen der Interessenvertretung in den Blick genommen sowie Partizipationsmodelle in Kommunen europäischer Nachbarländer.

### **Hintergrund**

Mit dem Projekt wird ein Schwerpunkt des Aktionsplanes „**NRWinklusive**“ der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) bearbeitet. Diese ist im März 2009 in Deutschland Kraft getreten. Damit sind auch auf kommunaler Ebene so zentrale Grundsätze der Konvention wie die **Inklusion** – also die gleichberechtigte Teilhabe von Anfang an- mit Leben zu füllen (siehe u.a. Artikel 3, 4, 29 und 33 UN-BRK).

Inklusion kann aber ohne die Kombination mit der politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen auch auf der kommunalen Ebene nicht adäquat realisiert werden.

### **Kontakt:**

Daniela Eschkotte, M.A.  
Wissenschaftliche Referentin des Projektes

0251 / 5 40 18  
daniela.eschkotte@lag-selbsthilfe-nrw.de